

Auswertung einer Umfrage unter den sächsischen Archiven zur Situation während der pandemiebedingten Schließung der Archive im Herbst/Winter 2020/2021

Im Juli 2020 führten wir eine Umfrage unter den Archiven im Freistaat Sachsen durch, die die Situation während des ersten sogenannten „Lockdowns“ zwischen März und Mai 2020 hinterfragte. Während Regierungen anderer Länder durch sehr strikte Regelungen das gesellschaftliche Leben in der Tat zum Stillstand brachten und damit einen echten „Lockdown“ erreichten, wurden in Deutschland und damit auch in Sachsen noch recht moderate Regelungen getroffen. Verwaltungen und mit ihnen die Archive arbeiteten in der Regel weiter, wenn auch ohne Öffentlichkeit. In der Folge wird der Begriff „Lockdown“ dennoch weiter verwendet, weil er sich zur Beschreibung der Situation etabliert hat.

Nachdem die Zahl der Infizierten durch die Coronapandemie im Spätherbst 2020 wieder deutlich angestiegen war, kam die Gesellschaft und mit ihr auch die sächsischen Archive nicht um einen erneuten Lockdown umhin. Dieser dauerte dann angesichts der zeitweilig katastrophalen Lage in einigen sächsischen Regionen im Winter 2020/21 deutlich länger als beim ersten Mal. Um zu sehen, in welcher Situation sich die sächsischen Archive nun befanden und ob vielleicht Erkenntnisse aus der ersten Krisenphase dazu beigetragen hatten, die zweite besser zu bewältigen, befragten wir die Archive im Herbst 2021 erneut. Diese Umfrage bezog sich auf die Zeit zwischen Dezember 2020 und April 2021. In der zweiten Umfrage wurden die Fragen der ersten Umfrage weitgehend wieder gestellt, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Dazu kamen einige neue Abfragen. An der Umfrage beteiligten sich 48 Archive, ein paar weniger als im Sommer 2020. Dabei war die Beteiligung der Archivsparten ganz ähnlich, den größten Anteil hatten naturgemäß erneut die Kommunalarchive.

Nachdem wir die Rahmenbedingungen abgefragt hatten, interessierte uns zuerst, wo die Kolleginnen und Kollegen die Zeit ab Dezember 2020 verbrachten. Hier zeigte sich ein ganz ähnliches Bild zum ersten Lockdown: Die meisten Archive arbeiteten – abgesehen von der Schließung der Direktbenutzung - weiterhin fast ohne Einschränkung. Arbeit im Homeoffice oder in wechselnden Schichten wurde fast ausnahmslos in den staatlichen und größeren Kommunalarchiven praktiziert. Für kleinere Archive gab es seitens der Träger weniger die Möglichkeit der Arbeit im Homeoffice. Allerdings ist hier auch für kleinere Archive eine leichte Zunahme zugunsten dieser Arbeitsform vom ersten zum zweiten Lockdown zu sehen, noch stärker jedoch der Abzug von Mitarbeitern aus den Archiven in andere Bereiche (Gesundheitsamt, Bürgertelefon). Das entspricht der damals herrschenden gesamtgesellschaftlichen Situation mit Infektionszahlen, die um ein Vielfaches höher lagen als zwischen März und Mai 2020. Während im Frühjahr 2020 Homeoffice zum großen Teil noch mit eigener Technik bestritten wurde, konnte im zweiten Lockdown vermehrt auf Technik des Arbeitgebers zurückgegriffen werden. Hier wurden inzwischen wohl Strukturen geschaffen, auf die auch zukünftig kurzfristig zurückgegriffen werden kann. Für die dienstliche Kommunikation wurden zunehmend Videokonferenzen und Telefonkonferenzen genutzt, wichtigste Instrumente aber blieben die dienstliche E-Mail und das private Telefon.

Hinsichtlich der Maßnahmen im Archiv selbst wurde auf Bewährtes zurückgegriffen. Sofern das Archiv überhaupt geöffnet war, wurden Arbeitsplätze für Benutzer reduziert, um Abstandsregelungen einhalten zu können. Die Benutzung erfolgte nur nach Voranmeldung,

im Gespräch zwischen Nutzer und Archivar war eine Maske zu tragen, auf die am Arbeitsplatz mehrheitlich verzichtet wurde. Aus den Zahlen ist aber auch ersichtlich, dass Benutzer stärker Gebrauch von der Möglichkeit einer schriftlichen Anfrage machten. Die meisten Kolleginnen und Kollegen geben für das Jahr 2020 sichtbare Zuwächse gegenüber 2019 an, ohne dass die Werte sprunghaft stiegen. Das ist erst für 2021 absehbar, da im August bereits Werte bei der Anzahl schriftlicher Anfragen erreicht waren, die für das Jahresende hohe Zahlen erwarten lassen. Benutzung ist aber zunehmend auch noch über einen dritten Weg möglich: Über die Nutzung von Onlineangeboten. Hier meldeten ein Drittel der Archive, dass die Zugriffe stark anstiegen, immerhin bei gut fünfzig Prozent blieben die Zugriffe gleich hoch oder stiegen zumindest leicht an. Einige Archive verlagerten ihre Öffentlichkeitsarbeit, die ansonsten mehrheitlich zum Erliegen kam, in das Internet. Sieben Prozent der Archive gaben an, mehrfach digitale Angebote im Netz präsentiert zu haben, ebenso viele haben das einmalig gemacht. Bei den Angeboten handelte es sich hauptsächlich um Onlineausstellungen oder digitale Pressearbeit. Dass die Einrichtung solcher Angebote für die Archive scheinbar schwierig ist, zeigt die hohe Zahl derer, die derartige Angebote nicht aufbauten (86%).

Zur Erschließung: Während bei der ersten Umfrage noch knapp die Hälfte aller Kolleginnen und Kollegen angaben, dass sie freie Zeiträume wegen fehlender Direktbenutzung in Erschließungsprojekte investieren konnten, hat sich dieser Trend scheinbar im zweiten Lockdown nicht umfänglich bestätigt. Jetzt gaben nur noch 36% an, dass sie mehr als sonst erschließen konnten. Möglicherweise hängt dieser Fakt damit zusammen, dass einerseits mehr Zeit in die Pflege von Onlineangeboten gesteckt wurde und/oder Beschäftigte zunehmend in andere Bereiche wie das Gesundheitsamt abgezogen wurden.

Gefragt nach den negativen Erscheinungen wurden ähnlich wie schon beim ersten Lockdown die fehlenden Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit beklagt, ebenso die fehlende Kommunikation untereinander und der Anfall von „Aktenbergen“, der im Homeoffice eben nicht abgebaut werden kann. Im zweiten Lockdown kamen als negative Begleiterscheinungen noch der ständige Wechsel der von Seiten der Politik erlassenen Regelungen hinzu sowie Schwierigkeiten bei der Organisation des von den Mitarbeitern stärker in Anspruch genommenen Homeoffices und zeitliche Verzögerungen bei der Bereitstellung der dafür notwendigen Technik. Demgegenüber wird aber gerade das Instrument Homeoffice als ein sehr positiver Aspekt genannt, der in der Regel allgemein mit einer Verbesserung der technischen Ausstattung einherging, was sehr begrüßt wurde. Sehr positiv werden auch die gesammelten Erfahrungen bei der Durchführung von Besprechungen mittels Videokonferenzen bewertet, die eine erhebliche Zeiteinsparung bringen und auch zukünftig einen Teil von Dienstgängen und Dienstreisen entbehrlich machen.

Zum Abschluss wollten wir wissen, was die Archive planen, um zukünftig besser auf derartige Situationen vorbereitet zu sein. Hier ist ein Trend ganz klar ersichtlich: Digitalisierung! Mehr als die Hälfte der Archive gaben an, sich in Zukunft verstärkt um die Digitalisierung von Archivgut kümmern zu wollen, um die Möglichkeiten der digitalen Nutzung weiter zu verbessern. Da kommt es sicher gerade recht, dass seitens der sächsischen Landesregierung das Landesprogramm „Bestandserhaltung Sächsische Archive“ im Doppelhaushalt verankert wurde, das als Voraussetzung für die Digitalisierung bestandserhalterische Maßnahmen zur Sicherung von bedeutendem nichtstaatlichem Archivgut unterstützt. Immerhin 35% der

antwortenden Archive plant den Ausbau der eigenen Onlineangebote und die Ausweitung mobiler Arbeit sofern im Geschäftsbereich möglich. Knapp ein Drittel rechnet damit, dass es in Zukunft von Seiten der Träger oder auch über Drittmittel mehr finanzielle Möglichkeiten geben wird, Digitalisierungsprojekte umzusetzen. Hier gibt es über das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien veröffentlichte Digitalprogramm für Bibliotheken und Archive innerhalb von Neustart Kultur „WissensWandel“ inzwischen vielfältige Möglichkeiten zur Einwerbung von Drittmitteln. Allerdings wünschen sich die befragten Archive hier eine Stärkung der Informationen und Strukturen für die Archive, eine Aufgabe die viele der Befragten beim Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. sehen. Vom Verband hätten sich die Archive im ersten und zweiten Lockdown eine bessere Unterstützung in Form von Handlungsanweisungen gewünscht. Archive waren in den Coronaschutzverordnungen der Länder in der Regel nicht explizit genannt, so dass es hier bei der Auslegung der aktuellen Regelungen immer wieder zu Unsicherheiten und uneinheitlichem Agieren kam. Auf Grund dieser Lücke griffen die Archive auf Empfehlungen für den Bibliotheks- und Museumsbereich zurück, beides jedoch Bereiche, die als Freiwilligkeitsleistung der Kommunen ganz andere Rahmenbedingungen als die Pflichtaufgabe Archiv haben. Das zeigt sich auch daran, dass generelle Schließung und Kurzarbeit in den meisten Archiven kein Thema war.

Resümierend kann eingeschätzt werden, dass die Archive relativ gut durch diese neuartigen und schwierigen Zeiten gekommen sind. Die im Frühjahr 2020 und Herbst/Winter 2020/21 gemachten Erfahrungen helfen aktuell sicher, die Archive auch durch die nächste, vierte Welle, zu bringen, die Sachsen gerade in besonderem Maße erfasst hat. Viele Maßnahmen wie besondere Regelungen bei der Benutzung, andere Arbeitsorganisation durch Homeoffice oder Videokonferenzen anstatt analoger Besprechungen werden inzwischen routiniert umgesetzt. Nun bleibt zu hoffen, dass die dabei gesammelten Erfahrungen auch dazu beitragen, die Archivarbeit in Zukunft digitaler und noch besser organisiert auszurichten, um dem absehbar weiter anwachsenden Aufgabenkanon (Stichwort Einführung elektronische Akte in den Verwaltungen) auch in Zukunft gerecht werden zu können.